

Vortrag im Rahmen einer Vortragsreihe der  
Landeszentrale für politische Bildung Thüringen  
15. Februar 2011, Kleine Synagoge Erfurt

Prof. Dr. Hans-Joachim Veen

## **Wie viel Einheit brauchen wir?**

### **Die „innere Einheit“ zwischen Gemeinschaftsmythos und neuer Vielfalt**

„Jetzt wächst zusammen, was zusammen gehört“, so kommentierte Willy Brandt die Vereinigung der Bundesrepublik und der DDR vor 20 Jahren. Was bei Brandt vielleicht nur eine glückliche Feststellung sein sollte, wurde tatsächlich zum Beginn eines Prozesses des Zusammenwachsens der Deutschen in Ost und West, der nach Meinung vieler bis heute nicht abgeschlossen ist und der zu einer unendlichen Geschichte werden könnte. Als Zielpunkt des Zusammenwachsens wurde alsbald das Idiom von der „inneren Einheit“ definiert. Damit war ein ebenso schillernder wie eingängiger Begriff geboren, der bis heute Konjunktur hat und vielfach beschworen wird, vor allem dann, wenn Zweifel angemeldet werden sollen, wenn es um Defizite geht, wenn also ein Mangel an „innerer Einheit“ beklagt wird. So wird beispielsweise im Sozialreport 2008, herausgegeben vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg nach empirischen Erhebungen unter Ostdeutschen festgestellt, dass diese, ich zitiere: „Mit aller Deutlichkeit auf die nach wie vor nicht vollendete Einheit (verweisen). Die Integration der Mehrheit der Ostdeutschen ist insgesamt – bei allen anerkannten Fortschritten – noch nicht erreicht worden.“ Und im Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2010 wird denn auch gefordert: „Eine Politik für die Einheit Deutschlands ist weiterhin notwendig, gerade um auch in gesellschaftspolitischer

Hinsicht das Zusammenwachsen von Ost und West weiter voranzubringen.“ (S. 25)

Im Unterschied zu früheren Jahren wird inzwischen aber kein Datum mehr genannt, an dem dieses Ziel erreicht sein soll. Dies geschah letztmals im Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2001, als die Regierung sich optimistisch zeigte, „dass in der zeitlichen Perspektive bis 2020 der Aufbau Ost abgeschlossen und die 'innere Einheit' Deutschlands hergestellt sein wird“. Die Einschätzung, dass die „innere Einheit“ bis heute jedenfalls nicht vollendet ist, wird von vielen sozialwissenschaftlichen Erhebungen gestützt, die immer wieder auf vielfältige Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen in Fragen der politischen Kultur, der Wertorientierungen, des Demokratieverständnisses, der politischen Einstellungen, usw. verweisen und demgemäß einen Mangel an „innerer Einheit“ konstatieren, ohne jemals explizit zu definieren, was sie unter „innerer Einheit“ eigentlich verstehen.

Was ist die „innere Einheit“? Worauf zielt sie ab? Vor allem ist sie offenbar ein Fernziel, von dem wir 20 Jahre nach der Wiedervereinigung noch ziemlich weit entfernt sind, dessen Vollendung uns aufgegeben bleibt, wir sind zwar vereint, aber noch nicht wirklich eins, so scheint es. Sichtet man die Einlassungen der Politik, der Publizistik und der Wissenschaften zur „inneren Einheit“, dann wird rasch klar, dass jeder damit etwas anderes assoziiert und sich in der Metapher die unterschiedlichsten Erwartungen bündeln. Für die einen geht es darum, ein einzig Volk von Brüdern zu sein, als Schicksalsgemeinschaft zusammenzustehen, gemeinschaftlich zu handeln; für andere ist die Gleichheit aller in allem gemeint, das Ende aller Konflikte, das Teilen aller Sorgen und Nöte; wiederum andere heben auf einheitliche Lebensbedingungen, Arbeitsbedingungen und Einkommensbedingungen ab. Psychologen, wie der Hallenser Hans-Joachim Maaz, machten gar

sozialpsychologische und individualpsychologische Entwicklungen zum Ziel einer „inneren Demokratisierung“ und der Selbstbefreiung der Deutschen in Ost und West in einem „inneren Reinigungsprozess“ von allem, was uns an innerem Widerstreit bedrückt. Spätestens hier bekommt man eine bange Ahnung davon, was alles gemeint sein kann, wenn die „innere Einheit“ umfassend in den Blick genommen wird. Allerdings sucht man sowohl in der Politik als auch in den Wissenschaften eine präzisere Bestimmung dessen, was „innere Einheit“ bedeutet, vergeblich. Bis heute ist völlig unklar, worauf die „innere Einheit“ eigentlich abzielt, gleichwohl ist sie eine wohlfeile Metapher vor allem der Kritik an der Gegenwart und des Leidens an ihrer Unvollkommenheit geblieben.

Schon früh hatten die empirischen Sozialwissenschaften das Augenmerk auf die politisch-kulturellen und politisch-psychologischen Herausforderungen der deutschen Wiedervereinigung gelenkt, die nach 40 Jahren gegensätzlicher politischer Systeme, unterschiedlicher politischer Sozialisation und Erziehung mit unterschiedlichen mentalen und sozialen Prägungen auf der Hand lagen. Um diese Herausforderungen und die Folgerungen daraus soll es im Folgenden gehen.

In zahlreichen empirischen Untersuchungen, breit angelegten repräsentativen Umfragen, aber auch Spezialstudien wird seit fast 20 Jahren der Frage nachgegangen, die Max Kaase, ein bedeuteter empirischer Sozialwissenschaftler der Mannheimer Soziologenschule, 1993 so formulierte: „Wie ähnlich und unähnlich die Menschen in West- und Ostdeutschland in ihren Mentalitäten, Lebensweisen und nicht zuletzt politischen Orientierungen zum Zeitpunkt der Vereinigung waren und...wie sich diese Orientierungen seither verändert haben?“ Dem vergleichenden Ansatz Kaases ist die deutsche Sozialwissenschaft durchweg gefolgt. Die seitherigen

empirischen Erhebungen förderten vor allem Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschen zu Tage in den Wertorientierungen, wo die Ostdeutschen als gleichheitsorientierter gelten, die Westdeutschen als freiheitsorientierter; in den Demokratieverständnissen, wo die Ostdeutschen als basisdemokratischer, die Westdeutschen als repräsentativdemokratischer identifiziert werden; in der Einstellung zum Sozialismus, dem die Ostdeutschen häufiger näher stehen als die Westdeutschen und so fort. Aber auch das Liebesleben in Ost und West geriet ins Visier der Umfrageforscher mit den bemerkenswerten Ergebnissen, dass sich die west- und ostdeutschen Jugendlichen etwa zur gleichen Zeit verlieben, aber die Ostdeutschen ein intensiveres Körpergefühl besitzen als die Westdeutschen. Schließlich werden die wechselseitigen Vorurteile zwischen West- und Ostdeutschen, hier die „Besserwessis“ dort die „Jammerossis“ in den Untersuchungen immer wieder ausgiebig nachgewiesen und natürlich als Ausdruck fehlender „innerer Einheit“ interpretiert.

Wendet man die konstatierten vielfältigen Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschen, die als Defizite „innerer Einheit“ erscheinen, einmal ins Positive, dann laufen sie in der Summe, mehr implizit als explizit, in der Tat auf das Ideal der Übereinstimmung aller politischen Werthaltungen, Weltanschauungen, Mentalitäten, Vorurteile, Sympathien, Antipathien, Verhaltensweisen und Empfindungen hinaus. Die „innere Einheit“ scheint erst dann wirklich vollendet, wenn die totale Gleichartigkeit aller in allem, romantisch formuliert, im völligen Gleichklang der Seelen und Herzen, des Denkens, Fühlens und Handelns gegeben ist. Vielleicht bricht sich in diesen komplexen Vorstellungen von „innerer Einheit“ die alte deutsche Sehnsucht nach Harmonie Bahn. Der Vergleich mit den Metaphern der Wandervogelbewegung der Jahrhundertwende drängt sich auf, die „innere Einheit“

wird zur „blauen Blume“ der neuen deutschen Einheitsbewegung, voller Sehnsucht gesucht und nie gefunden. Das Ideal einer neuen, total homogenen Gesellschaft ist natürlich nirgendwo formuliert, es ist allerdings der logische Umkehrschluss aus der Konstatierung ihrer Defizite. Die Einheit total wird sicher von niemandem bewusst angestrebt. Aber wir Deutsche sind zweifach totalitarismusgeschädigt und wir müssen penibel darauf achten, dass das Streben nach „innerer Einheit“ nicht unter der Hand zum Einfallstor eines neuen deutschen Gemeinschaftsmythos werden kann. Denn nicht die Volksgemeinschaft des NS-Staates, auch nicht das Kollektiv des DDR-Sozialismus, nicht totale Gleichheit, sondern die Freiheit und Gleichheit der Ungleichen bestimmt das Menschenbild und das Gesellschaftsverständnis des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland.

Die fundamentale Unterscheidung von Gemeinschaft und moderner Gesellschaft wurde in den Sozialwissenschaften erstmals von dem deutschen Soziologen und Philosophen Ferdinand Tönnies herausgearbeitet in seinem Werk „Gemeinschaft und Gesellschaft“, das 1887 erschien und die Entwicklung der Sozialwissenschaften bis heute grundlegend beeinflusst.

In der Gesellschaft, so Ferdinand Tönnies, verbünden sich Individuen, um gemeinsame individuelle, aber auch gemeinsame Zwecke zu verfolgen. Die Gesellschaft ist also ein gewollter Zusammenschluss von Individuen zu für alle und für den einzelnen nützlichen Zwecken. Die Gesellschaft dient der Befriedigung individueller Bedürfnisse, die alleine nicht erreichbar sind, für die man andere braucht. Mit dem modernen pluralistischen Gesellschaftsbegriff ist auch das Individuum, der einzelne Mensch mit seinem Recht auf Selbstbestimmung, ins Zentrum der sozialwissenschaftlichen Betrachtung getreten.

Diese pluralistische Gesellschaft hat wiederum als erster der deutsch-dänische Soziologe Theodor Geiger beschrieben, der als Professor in Braunschweig 1933 emigrieren musste. Theodor Geiger hat in seinem Buch „Die soziale Schichtung des deutschen Volkes“, das 1923 erschien, die moderne Gesellschaft (der Weimarer Republik), anknüpfend an Ferdinand Tönnies, näher in den Blick genommen und erstmals versucht, sie genauer zu erfassen. Er hat die ganze Vielfalt der Komponenten moderner Gesellschaften und der individuellen sozialen Lagen und der Individuen selbst herausgearbeitet und sich dabei auf sozialwissenschaftliche Erhebungen gestützt, die damals ein Novum waren. So wurde Geiger zum Begründer der Schichtungssoziologie. Er hat als erster ein anschauliches Bild der Vielfalt und der Differenziertheit moderner Gesellschaften geliefert und die Gesellschaft nach den Bildungsgraden der Menschen, nach ihren Berufen, nach individuellen Eigenschaften, nach ihren Lebensstandards, nach ihrer Religion, nach ihrer ethnischen Abstammung, nach ihrem Elternhaus, nach der Mitgliedschaft in Vereinen und nach politischen Einstellungen differenziert. Wenn wir heute über „innere Einheit“ nachdenken, dann kann das nur auf der Grundlage dieses modernen Gesellschafts- und Staatsverständnisses geschehen.

Im Alltagsverständnis wird die Frage der „inneren Einheit“ besonders häufig mit der Angleichung der materiellen Lebensverhältnisse, also gleichen Arbeitsbedingungen und gleichen Einkommen verknüpft. Messlatte ist dabei meist unbesehen das über 40 Jahre erarbeitete westdeutsche Wohlstandsniveau der 1980er Jahre. Hierin liegt bis heute eine wesentliche Quelle der Frustration der Ostdeutschen, die die Aufbauleistungen der neuen Länder in aller Regel mit der alten Bundesrepublik und nicht mit ihren ehemaligen sozialistischen Bruderstaaten vergleichen, die allesamt deutlich schwächere wirtschaftliche Transformationsentwicklungen aufweisen und

längst nicht die Wirtschaftskraft der neuen Länder erreicht haben. Gefordert wird der Aufbau einer dem Westen entsprechenden Wirtschafts- und Infrastruktur, der Verkehrswege und der Telekommunikation. Letztere konnten im Zuge des Aufbaus Ost in hohem Maße geschaffen werden, die Kommunikationsnetze und die ostdeutschen Autobahnen sind häufig moderner als im Westen. Aber trotz aller Anstrengungen des Aufbaus Ost, in den in den letzten 20 Jahren nach Schätzungen der Ökonomen zwischen 1.200 und 1.400 Milliarden Euro geflossen sind, und obwohl noch immer beträchtliche Steuermittel von West nach Ost fließen, kann von einer einheitlichen Wirtschaftsstruktur im vereinten Deutschland nicht gesprochen werden. Die Wirtschaftskraft im Osten hinkt dem Westen noch immer hinterher. Gleichwohl ist der Aufbau Ost eine „große historische Leistung“, so der Magdeburger Wirtschaftswissenschaftler und ehemalige Finanzminister in Sachsen-Anhalt Karl-Heinz Paqué, die überall in Ostmitteleuropa ihresgleichen sucht.<sup>1</sup> Deshalb wäre es völlig verfehlt, etwa einen „Super-Gau Deutsche Einheit“<sup>2</sup> zu beklagen. Stattdessen ist eine enorme Aufholleistung zu bilanzieren.<sup>3</sup> Die Wirtschaftsleistung Ost, die Anfang der 1990er nur bei 30% des Westniveaus lag, ist inzwischen auf 75 bis 80% des westlichen Niveaus gestiegen. Die Renten liegen mittlerweile nahe beieinander, sind in den neuen Ländern auf Grund der häufigeren Berufstätigkeit der Frauen oft sogar höher. Im öffentlichen Dienst werden inzwischen gleiche Gehälter gezahlt. In der Wirtschaft liegt das Tarifniveau im Osten inzwischen bei 96% der Westverdienste. Die Arbeitszeit liegt mit durchschnittlich 38,8% Stunden leicht über den 37,4% Stunden im Westen, so eine aktuelle tarifpolitische Bilanz des WSI-

---

<sup>1</sup> Vgl. Karl-Heinz Paqué, Die Bilanz. Eine wirtschaftliche Analyse der Deutschen Einheit, München 2009

<sup>2</sup> S. Uwe Müller, Super-Gau Deutsche Einheit, Berlin 2005

<sup>3</sup> Vgl. zum Folgenden die detaillierte Analyse der Kosten, Leistungen und ökonomischen Entwicklungen des Aufbaus Ost bei Karl-Heinz Paqué, Die Bilanz, a. a. O.

Tarifarchivs der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung.<sup>4</sup> Allerdings ist die Arbeitslosenquote im Durchschnitt der neuen Länder noch fast doppelt so hoch wie im Westen, auch wenn es hier regional große Unterschiede gibt. Einerseits sind in den alten Industriezentren des Ruhrgebietes oder im Saarland die Arbeitslosenquoten etwa so hoch wie im Ostdurchschnitt, andererseits sind sie in den neuen industriellen Kernen des Ostens, im Thüringer Becken oder im Raum Dresden, deutlich niedriger als im Westdurchschnitt.

Größere Unterschiede wird es auch mittelfristig noch in der Verteilung des Vermögens geben. In der DDR konnte praktisch kein größeres Vermögen erworben werden, Häuser waren nichts wert, weil sie nicht unterhalten werden konnten, weil die Baumaterialien fehlten, Wohnungen brachten keine Mieteinnahmen, während im Westen Deutschlands fleißig Eigentum gebildet und Privathäuser gebaut wurden.

Nach wie vor gibt es also ein wirtschaftliches Gefälle, das sich allerdings in den letzten 20 Jahren erheblich eingeebnet hat. Heute konstatiert die Wirtschaftsforschung, dass sich das „Wirtschaftswachstum in Ost und West im Gleichschritt (vollzieht), das heißt mit gleichen Wachstumsraten, aber auf unterschiedlichen Niveaus“.<sup>5</sup> Das bedeutet, dass es auch in Zukunft eine Angleichungslücke in der Wirtschaftsleistung geben wird, die auch gegen Ende des Solidarpaktes II im Jahre 2019 nicht geschlossen sein wird. Es wird demnach, folgt man den Ökonomen, keine volle Angleichung der wirtschaftlichen Infrastruktur noch der Wirtschaftskraft noch der Einkommensverhältnisse, noch der Arbeitslosenzahlen geben, vielmehr werden sich die Entwicklungen in Zukunft weitgehend parallel, aber leicht versetzt vollziehen. Auch eine noch so intensive oder filigrane staatliche

---

<sup>4</sup> Zit. nach FAZ v. 26. April 2010, S. 15

<sup>5</sup> Rüdiger Pohl, Thesen zur ökonomischen Transformation in den neuen Ländern und der Folgen für das vereinte Deutschland, in: Hans-Joachim Veen, Peter März, Franz-Josef Schlichting (Hg.), Die Folgen der Revolution. 20 Jahre nach dem Kommunismus, Europäische Diktaturen und ihre Überwindung, Schriften der Stiftung Ettersberg, Bd. 15, Köln, Weimar, Wien 2010 (im Erscheinen)



Förderung, so führende Wirtschaftsforscher wie Rüdiger Pohl, ehemaliger Präsident des Wirtschaftsforschungsinstituts Halle (IWH) und früheres Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, kann die Angleichung der Wirtschaftskraft nicht erzwingen.<sup>6</sup>

Doch nicht die Bestandsaufnahme der Kosten und Leistungen der Transformation der DDR-Wirtschaft ist unsere Aufgabe, sondern der Frage nachzugehen, wie weit denn die Einheitlichkeit von Wirtschaftsstrukturen, Lebens- und Arbeitsbedingungen überhaupt zu Kriterien der „inneren Einheit“ gemacht werden dürfen? Denn auch in der alten Bundesrepublik gab es immer beträchtliche Unterschiede zwischen wirtschaftlich prosperierenden und wirtschaftsschwachen Regionen. Es gab nicht nur das traditionelle Nord-Süd-Gefälle und später den Zusammenbruch der alten Industrien Kohle und Stahl an Rhein, Ruhr und Saar. Auch das gesamte Zonenrandgebiet von Schleswig-Holstein bis Bayern blieb jahrzehntelang wirtschaftsschwach. Die regionale Wirtschaftsförderung der alten Bundesrepublik hat bei allen Anstrengungen immer nur begrenzte Erfolge gehabt und die Unterschiede nie dauerhaft aufheben können. Ein Problem der „inneren Einheit“ Westdeutschlands aber war das nie. Niemand wäre auf die Idee gekommen, mit Blick auf die regionalen Unterschiede in der alten Bundesrepublik die „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“, die der Artikel 72, Absatz 3 GG, bis zu seiner Neufassung 1994 über Jahrzehnte tatsächlich postulierte, zu reklamieren. Denn die finanziellen und sozialen Ausgleichsmechanismen funktionierten, die auch heute wirksam sind: Länderfinanzausgleich, staatliche Sozialleistungen und seit der Wiedervereinigung die Solidarpakte I und II. Die regionale Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik, dies ist auch die jahrzehntelange Erfahrung in den alten Bundesländern, stößt immer wieder

---

<sup>6</sup> S. ebenda

an die Grenzen einer Wettbewerbsordnung, in der letztlich die Unternehmen entscheiden, wo, in welchem Umfang und unter welchen Bedingungen sie produzieren und dafür auch die Verantwortung übernehmen.

Jede Bundesregierung sollte sich also hüten, Erwartungen zu wecken oder gar anzuheizen, die sie auf dem Boden des Grundgesetzes schlechterdings nicht erfüllen kann. Der demokratische Staat kann nur ökonomische Rahmenbedingungen und Anreizsysteme schaffen und, zeitlich begrenzt, Subventionen gewähren und Aufbauhilfen für Unternehmen leisten. Aber wirtschaften muss am Ende die Wirtschaft, das ist eine der fundamentalen Lehren aus dem Zusammenbruch des Sozialismus und dem Ruin seiner Staatswirtschaft.

So sehr also jede Regierung bemüht sein muss, die Kluft zwischen wirtschaftsstarken und wirtschaftsschwachen Regionen, die sich in wechselnden Konstellationen immer wieder auftut, einzuebnen, so wenig kann das zu einer verfassungsrechtlichen Pflicht gemacht werden, weil das an Voraussetzungen gebunden wäre, über die der freiheitliche Staat nicht verfügt. Die „Einheitlichkeit“ der Lebensverhältnisse ist nach den Empfehlungen der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat 1994 vernünftigerweise auch als Verfassungsgebot beseitigt worden. Der Artikel 72, Absatz 2 GG, spricht in seiner Neufassung von 1994 zur konkurrierenden Gesetzgebung nunmehr angemessener von der „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet oder die Wahrung der Rechts- und Wirtschaftseinheit“, die im gesamtstaatlichen Interesse bundesgesetzliche Regelungen möglich macht.

Die Länder selber haben auf diese bescheidenere Formel gedrängt, um die Bundeskompetenz nicht zu überdehnen. Die Realisierung gleichwertiger

Lebensverhältnisse muss in die Handlungsmöglichkeiten und das Ermessen der Politik in Bund und Ländern gestellt bleiben<sup>7</sup>, andernfalls könnte das Postulat nur dazu taugen, ökonomische Realitäten zu denunzieren und die Politik zu diskreditieren. „Einheitlich“ können nur, müssen aber auch öffentliche Dienstleistungen erbracht werden, öffentliche Angebote und die öffentliche Infrastruktur. Einheitlich gelten muss natürlich auch die Rechtsordnung. Mehr Einheitlichkeit, einheitliche Lebensbedingungen gar im freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat der Bundesrepublik zu verlangen, widerspricht seiner politischen Philosophie.

Nach dieser Problematisierung der Erwartungen „einheitlicher“ ökonomischer Lebensverhältnisse und seiner Vereinbarkeit mit dem freiheitlichem Verfassungsstaat und der sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik soll nun abschließend der Versuch gewagt werden, einen Kriterienkatalog der „inneren Einheit“ zu skizzieren:

Wie viel Einheit braucht die Bundesrepublik, ohne ihre notwendige Pluralität und ihren freiheitlichen und föderalen Charakter zu verlieren? Begriff und Inhalt der „inneren Einheit“ müssen vor allem eingegrenzt werden auf das, was an Gemeinsamkeit, was an Übereinstimmung aller für den inneren Zusammenhalt des vereinten Deutschlands wirklich unverzichtbar ist, was also wirklich Konsens sein muss. Worin müssen wir also im vereinten demokratischen Deutschland übereinstimmen, und was kann legitimerweise kontrovers in der Demokratie sein?

Meine These ist, dass das Ziel der inneren Einheit strikt auf zwei Erfordernisse eingegrenzt werden muss: Erstens den Konsens über die Wertegrundlagen und

---

<sup>7</sup> Vgl. Klaus Stern, Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Bd. III/1, München 1977, S. 989 ff.

Grundentscheidungen des Grundgesetzes und zweitens auf den gemeinsamen Willen der Ost- und Westdeutschen, in diesem Verfassungsstaat zusammenleben, eine Nation sein zu wollen. Die Anforderungen an die innere Einheit dürfen substantiell also nicht weiter reichen, nicht mehr an Gemeinsamkeit und Einheitlichkeit einfordern, als der Grundkonsens über die grundgesetzliche Ordnung verlangt. Und dieser Konsens kann unter den Bedingungen von pluralistischer, liberaler Gesellschaftsentwicklung nur ein Minimalkonsens sein, darf kein Maximalkonsens werden. Was muss er umfassen? Zunächst die Grundentscheidungen der Verfassung, das heißt einerseits ihrer wesentlichen Verfahrensprinzipien. Dazu gehören die Akzeptanz des Mehrheitsprinzips, freie Wahlen, zeitliche Befristung politischer Ämter, freie Konkurrenz und Chancengleichheit der Parteien, Offenheit des politischen Prozesses, Legitimität des Interessenpluralismus. Dazu gehören auch Gewaltfreiheit und die Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols. Soweit die sogenannten „Spielregeln“ der Demokratie. Sodann die materiellen Festlegungen des Grundgesetzes. Dazu zählen die Anerkennung der Grund- und Menschenrechte und Staatsstrukturprinzipien des Artikels 20, die die Bundesrepublik als demokratischen und sozialen Bundesstaat sowie als gewaltenteilender Rechtsstaat definieren. Dazu gehört schließlich das Vertrauen in die staatlichen Institutionen in der Bevölkerung, wobei das Vertrauen in die Unabhängigkeit der Gerichtsbarkeit von zentraler Bedeutung ist. Zum Grundkonsens der Deutschen gehören meines Erachtens darüber hinaus: die Soziale Marktwirtschaft als soziale Wettbewerbsordnung und die Einbindung der Bundesrepublik in die Europäische Union und das transatlantische Verteidigungsbündnis. Diese Anforderungen liegen teils in der Verfassungslogik oder sie gehörten von Anfang an zur Staatsräson der Bundesrepublik.

Zweitens aber muss es nach über 40 Jahren der Trennung eine Identifikation beider Teile mit dem vereinten Deutschland geben, also den nachhaltigen Willen zur Einheit, das Eins-sein-wollen als Nation, das Nicht-zurück-wollen in die Teilung, das republikanische „plébiscite de tous des jours“, das eine Nation seit der französischen Revolution ausmacht. Diese beiden Grundpfeiler: Grundkonsens und Wille zur Nation scheinen mir die notwendigen, aber auch hinreichenden Kriterien für „innere Einheit“ zu sein. Jede Erweiterung dieses Minimalkonsenses würde die legitime gesellschaftliche Pluralität und Freiheitlichkeit, die politische, gesellschaftliche und kulturelle Lebensluft der Bundesrepublik unzulässig einschnüren. Sie ginge zu Lasten der Offenheit des politischen Prozesses und entspräche weder den Legitimitätsgrundlagen der Bundesrepublik noch der notwendigen Balance zwischen Konsens und Konflikt in unserem Land. Die Vereinigung hat Deutschland ja unübersehbar in eine neue Größenordnung gesellschaftlicher und politischer Vielfalt katapultiert. Deutschland ist östlicher, protestantischer, konfessionsloser, linker, kulturell reicher und vieles mehr geworden. Mit der Vereinigung haben die Deutschen naturgemäß mehr innere Differenzierung, mehr Farbigkeit, mehr Konflikte akzeptieren müssen, wie es in einem 80-Millionen-Volk im Herzen Europas mit seiner ausgeprägt föderalen und auch multiethnischen Geschichte im Schnittpunkt von ständigen Wanderungsbewegungen gar nicht anders sein kann. Das vereinte Deutschland ist bunter geworden und mit seinem Zuwachs an Unterschieden, wie mir scheint, politisch-psychologisch mit Verspätung in der Normalität der großen westlichen Demokratien angekommen. Dies sollte uns mit Genugtuung erfüllen und nicht mit der selbstquälenden Suche nach immer mehr Einheit, die sich am Ende nur als eine Form antipluralistischer und illiberaler Volkstümelei entpuppt.

Das wiedervereinigte Deutschland ist meines Erachtens reif genug, Unterschiede zu ertragen, die es ja nicht nur zwischen West und Ost, sondern auch zwischen Nord und Süd seit jeher gibt. Die daraus folgenden politischen Probleme eines gewissen Ausgleichs konnten in der deutschen Nachkriegsgeschichte auch vor der Wiedervereinigung in immer mühsamen Auseinandersetzungen immer wieder von der Politik gelöst werden. Die Lösung von Konflikten bleibt die ständige Aufgabe der Politik, aber das hat mit „innerer Einheit“ so lange nichts zu tun, solange das Grundsätzliche geklärt ist. Der Grundkonsens, den wir normativ formuliert haben, muss also auch empirisch von der großen Mehrheit aller Deutschen mitgetragen werden. Wenden wir uns also von den normativen Überlegungen zur „inneren Einheit“ der empirischen Akzeptanz des Grundkonsenses und des Willens zur Nation in der Bevölkerung in West und Ost zu.

Gewichtet man die Fülle der demoskopischen Befunde entlang unserer restriktiven Anforderungen, ergibt sich zusammenfassend: Das unabdingbare Mindestmaß an Übereinstimmung ist längst gegeben. Die freiheitlich-demokratische Verfassungsordnung wird von einer breiten Mehrheit grundsätzlich akzeptiert. Die großen Institutionen der Verfassung werden anerkannt und die demokratischen Verfahren der Willensbildung selbstverständlich von der ganz großen Mehrheit mitgetragen. Auch die Zugehörigkeit zur EU und zur NATO wird, von unterschiedlich großen Mehrheiten hüben und drüben, geteilt. Dass der Afghanistan-Einsatz in Ost und West unterschiedlich negativ beurteilt wird, tangiert die „innere Einheit“ nicht, sondern gehört in den Bereich des legitimerweise konfligenten in der Demokratie. Zurück in die Teilung wollen rund 10% der Ost- oder Westdeutschen. Der subjektive Wille zur Einheit ist also ebenfalls gegeben und dürfte ungebrochen bleiben. Von einer wachsenden grundsätzlichen Ablehnung der freiheitlichen Demokratie der

Bundesrepublik kann keine Rede sein. Ähnliches gilt für die Akzeptanz der sozialen Marktwirtschaft und der Wettbewerbsordnung in Deutschland, jedenfalls im Prinzip, wobei die Ostdeutschen deutlich skeptischer sind was die sozialen Nebenfolgen der Marktwirtschaft angeht. Aber zur Staatswirtschaft „à la DDR“ zurück wollen vergleichsweise wenige. Auch die im Vergleich zu Umfragedaten härteren Daten, die Wahlergebnisse in Bund und Ländern, bestätigen eine relativ hohe Akzeptanz unserer Parteiendemokratie. Mehr als zwei Drittel aller Ostdeutschen wählen eindeutig westlich-demokratische Parteien. Die langjährige Gralshüterin der Ostalgie, DIE LINKE, kommt im Durchschnitt der neuen Länder auf rund 25% und ob sie im Westen ankommt und in welcher Größenordnung, ist noch nicht ausgemacht. Die Rechtsextremen sind, jedenfalls bei Bundestagswahlen, über den Status von Splitterparteien bis heute nicht hinausgekommen und bleiben für die ganz große Mehrheit aller Deutschen aus dem demokratischen Spektrum ausgegrenzt. Was zu tun bleibt, ist die ständig wachsame Auseinandersetzung mit den Gegnern der Demokratie, die meines Erachtens auch nicht durch Parteienverbote, sozusagen administrativ, erledigt werden kann. Die Sicherung der Grundlagen unserer Demokratie und die Verteidigung des Grundkonsenses ist und bleibt für alle Demokraten ständige Bürgerpflicht.

Die „innere Einheit“ kann, so gesehen, als der permanente gemeinsame Wille zur freiheitlichen Demokratie begriffen werden. In diesem Zustand „innerer Einheit“ leben wir bereits. Wir haben die „innere Einheit“ schon, prekär, aber hinreichend. Mehr Einheit brauchen wir nicht, mehr wäre sogar drückend und der pluralistischen Demokratie abträglich. Beenden wir also endlich das vage wabernde Gerede von der noch nicht vollendeten „inneren Einheit“. Entfalten wir besser unseren gemeinsamen Willen zur Sicherung der freiheitlichen Demokratie und knüpfen wir dabei an unsere

ehrwürdigen föderalen Traditionen an, die zum Besten unserer verspäteten Nationwerdung gehören. Was wir brauchen, ist demgemäß mehr Gelassenheit und Toleranz, mehr Verständnis für Vielfalt und mehr Akzeptanz von Unterschiedlichkeiten. Nationalstaatliche Homogenitätsvorstellungen sind im Europa des beginnenden 21. Jahrhunderts wohl endgültig obsolet geworden. Der offenen, pluralistischen und multiethnischen Gesellschaft mit einem freiheitlich-demokratischen Grundkonsens gehört die Zukunft. Nur so kann auch die europäische Integration funktionieren, mit viel Verständnis für Unterschiede und einem ganz ähnlichen Minimalkonsens wie dem für das vereinte Deutschland skizzierten.

Mit dem Blick auf das vereinte Europa und die zum Teil tief kontroversen und national fokussierten kollektiven Gedächtnisse seiner Völker gerät am Ende eine gewisse Analogie zum vereinten Deutschland in den Blick, die getrennten Erinnerungen der Deutschen über die letzten 40 Jahre und zum Teil auch über die Zeit des Nationalsozialismus und der Weimarer Republik. Im vereinten Deutschland bestehen bis heute unterschiedliche Geschichtsbilder insbesondere mit Blick auf die alte Bundesrepublik und mit Blick auf die DDR, und hier vor allem in den neuen Ländern selber. Der Erinnerung an Unterdrückung, Verfolgung und Zersetzung in der SED-Diktatur und der Hochschätzung von Opposition und Widerstand steht eine schöngefärbte fürsorgliche DDR gegenüber, in der alle Arbeit hatten und rundum versorgt waren. Viele spürten die Fesseln des Repressionsapparates nicht, weil sie ganz konform gingen oder sich, so Freya Klier, nicht zu bewegen wagten. Aber auch zwischen West- und Ostdeutschen gibt es getrennte Erinnerungen an die letzten 40 Jahre, die sich zwangsläufig durch die unterschiedlichen Lebenswege und politischen Sozialisationen ergaben. Für viele Westdeutsche ist die SED-Diktatur



immer fremdes Terrain geblieben, mit dem sie sich kaum näher auseinandergesetzt haben. Deshalb wissen sie die Unterdrückung und Unfreiheit, aber auch die Friedliche Revolution als Akt der Selbstbefreiung kaum angemessen zu würdigen. Die Erinnerungskultur im vereinten Deutschland ist mehrfach gespalten. Bis heute gibt es vor allem keinen Konsens über den Diktaturcharakter der DDR, ganz im Unterschied zur nationalsozialistischen Diktatur, deren totalitärer Charakter gesamtdeutscher Konsens ist. Noch ist nicht ausgemacht, wohin die DDR-Erinnerung treibt, wieweit die Weichzeichnungen und Verklärungen tragen. Noch hat die DDR keinen festen historischen Platz in der deutschen Erinnerungskultur gefunden. Sie ist bis heute, wie Edgar Wolfrum konstatiert, „geschichtspolitisch umkämpft, erinnerungskulturell fragmentiert und erfahrungsgeschichtlich geteilt“.<sup>8</sup> Ist das ein vernachlässigbares Faktum, mit dem man im vereinten Deutschland mit dem Blick nach vorn leben kann? Oder sind die getrennten Erinnerungen ein Problem der „inneren Einheit“? Hierzu mahnt der Jahresbericht 2010 der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit meines Erachtens zu Recht: „Die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit stellt einen wesentlichen Beitrag für die Gestaltung der inneren Einheit dar.“ (S. 22) Und meine vorläufige Antwort auf die Frage ist: Die gespaltenen Erinnerungen an die SED-Diktatur können problematische Langzeitfolgen für das Diktatur- und Demokratieverständnis und damit den Grundkonsens im vereinten Deutschland entwickeln. Auf eindeutigen Begriffen von Diktatur und Demokratie müssen wir als Demokraten bestehen. Relativierungen der SED-Diktatur, sei es als „kommod“ oder als fürsorglich oder sonst wie, dürfen wir weder in der Wissenschaft noch in der politischen Bildung akzeptieren. An der Verständigung über die deutsch-deutsche Geschichte, insbesondere den Diktaturcharakter der DDR, muss sicher

---

<sup>8</sup> Edgar Wolfrum, „Das Erbe zweier Diktaturen und die politische Kultur des gegenwärtigen Deutschland im europäischen Kontext“, in Steffen Sigmund et al. (Hg.), Soziale Konstellationen und historische Perspektive. Festschrift für M. Rainer Lepsius, Wiesbaden 2008, Seite 310

noch mit langem Atem gearbeitet werden. Dabei müssen die wissenschaftlichen Standards der Politik- und Geschichtswissenschaft gelten und als Maßstab der Aufarbeitung die Erklärung der Menschenrechte, die die Vereinten Nationen 1948 verabschiedet haben und die den prinzipiellen Gegensatz zwischen der freiheitlichen Demokratie mit Grundrechten und Gewaltenteilung und einer Diktatur ohne Grundrechte und Gewaltenteilung deutlich macht. Die mehrfach gespaltenen Erinnerungen an die jüngste deutsche Diktaturgeschichte sind das verbliebene Problem der „inneren Einheit“.